

Horst Leps (Hamburg)

## Kommentar: Kategoriale Konfliktdidaktik als Paradigma politischer Bildung

### Gliederung:

1. Autor und Kontext: Die Lehrerfortbildung in der Reinhardtswaldschule
2. Die SPIEGEL-Affäre – Eine Unterrichtserzählung
3. Die Fall-Didaktik
4. Kategoriale Bildung und Einsichten
5. Exemplarisches Lernen und Unterrichtsberichte
6. Eine mögliche Wiederholung heute
7. Fragen zur Arbeit im Seminar
8. Literatur

### Keywords:

Beutelsbacher Konsens, Kategoriale Didaktik, civic education, politische Bildung, Politikdidaktik, Wolfgang Klafki, Kurt Gerhard Fischer, Reinhardtswaldschule, Rudolf Engelhardt, Sozialkunde, SPIEGEL-Affäre

Das Unterrichtsmodell von Rudolf Engelhardt „Parteilpolitik in der Schule?“ stammt aus einer Zeit Anfang der 1960er Jahre, in der der Politikunterricht in (West-) Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Die ersten Nazischmierereien an Synagogen führten zu einem gemeinsamen Beschluss der für die Schulen zuständigen Minister der deutschen Bundesländer, die politische Bildung in den Schulen zu verstärken. Dazu wurde für die älteren Schüler ein eigenes Unterrichtsfach mit dem Namen „Gemeinschaftskunde“ oder „Sozialkunde“ eingeführt.

### 1. Autor und Kontext: Die Lehrerfortbildung in der Reinhardtswaldschule

Das Lehrerfortbildungswerk „Reinhardtswaldschule“ im Bundesland Hessen bildete im Jahr 1962 in 14tägigen Lehrgängen Lehrerinnen und Lehrer für dieses neue Fach aus. Rudolf Engelhardt leitete diese Kurse. Engelhardt (Jahrgang 1919) machte 1937 unter der nationalsozialistischen Diktatur Abitur und wurde erst nach der „Götzendämmerung“ von 1945 zu einem entschiedenen Demokraten. Zunächst war Engelhardt nach dem Krieg Lehrer an einer Volksschule und danach in der Lehrerfortbildung in leitender Position.

Die Lehrerinnen und Lehrer bekamen in der Fortbildung den recht detaillierten neuen Lehrplan, in dem Unterrichtseinheiten wie „Massenmedien und Reklame“, „Die Gemeinde, in der wir leben“, „Keine Freiheit ohne Recht – Keine Rechte ohne Freiheit“, „Kommunismus – Schein und Wirklichkeit“, „Wie die Wirtschaft funktioniert“ und „Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“ vorgegeben waren. Die Lehrerinnen und Lehrer entwickelten dann in Gruppen diese Einheiten für konkreten Unterricht. In diesen Unterrichtseinheiten sollten die Schüler und Schülerinnen nicht

in erster Linie abprüfbares Wissen lernen. Sie sollten dort vielmehr durch eine vertiefende Behandlung aktueller Themen Einsichten über die Grundlagen des Zusammenlebens in der Demokratie gewinnen. Diese Unterrichtseinheiten wurden gesammelt und veröffentlicht (Engelhardt/Jahn 1964).<sup>1</sup>

### 2. Die SPIEGEL-Affäre – Eine Unterrichtserzählung

Aus dieser Arbeit entstand das Unterrichtsmodell von Rudolf Engelhardt über die SPIEGEL-Affäre (Engelhardt 1964, 87-101).

Über die SPIEGEL-Affäre kann man sich hier informieren: <http://de.wikipedia.org/wiki/Spiegel-Aff%C3%A4re><sup>2</sup>. Die SPIEGEL-Affäre erschütterte damals die Republik. Sie spaltete das Land: Die einen sahen das Vaterland in Gefahr, weil der SPIEGEL militärische Geheimnisse veröffentlicht habe. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer sah einen „Abgrund von Landesverrat“. Andere dagegen sahen einen Anschlag auf die Pressefreiheit, damit auf die noch junge Demokratie in Deutschland. Die Vorgänge wurden in den Massenmedien, an den Arbeitsplätzen und in den Familien intensiv, kontrovers und erregt diskutiert.

1 Rudolf Engelhardt hat Bücher über die Lehrerausbildung und über seine Schüler geschrieben. In diesen Büchern gelingt es Engelhardt in einer bis heute nicht übertroffenen Weise, allgemeine pädagogische Überlegungen an konkreten Vorkommnissen zu erklären. Seine Sprache ist konkret, oft amüsant und dennoch erhält der Leser einen Einblick in komplexe theoretische Überlegungen. Die Lehrerbildung könnte in Deutschland als Gegenmittel zum gegenwärtig vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Jargon ein „Rudolf-Engelhardt-Lesebuch“ sehr gut gebrauchen.

2 Weitere Materialien zur SPIEGEL-Affäre: [http://www.bpb.de/publikationen/01642006453512595568594735924988,2,0,Das\\_Ende\\_der\\_%C4ra\\_Adenauer.html](http://www.bpb.de/publikationen/01642006453512595568594735924988,2,0,Das_Ende_der_%C4ra_Adenauer.html), [http://www.spiegel.de/thema/spiegel\\_affe/](http://www.spiegel.de/thema/spiegel_affe/), <http://www.youtube.com/watch?v=j5vT2SFoY34>, in englischer Sprache [http://en.wikipedia.org/wiki/Spiegel\\_scandal](http://en.wikipedia.org/wiki/Spiegel_scandal)



Man darf vermuten, dass kurz nach der SPIEGEL-Affäre ein Lehrgang stattfand. Es gab eine aufgeregte Diskussion unter den teilnehmenden Lehrern darüber, wie diese Affäre im Unterricht zu behandeln ist. Einige Lehrer berichteten aus ihrem Unterricht und Engelhardt führte diese Berichte zu einem Entwurf weiter, mit dem grundsätzliche Probleme des Politikunterrichts geklärt wurden.

Die Schüler wollten darüber im Unterricht reden. Für Lehrer entstand ein besonderes Problem für die professionelle Rolle des Politiklehrers: Sollten die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Auffassung in den Unterricht einbringen und wenn ja, wie? Die Schülerinnen und Schüler bekämen möglicherweise einen unterschiedlichen Unterricht mit gegensätzlichen Ausrichtungen, je nachdem, welche parteipolitische Einstellung ihr Lehrer hat – die Gefahr der Überwältigung und Indoktrination (Snook 1972). Der Kunstlehrer stellt sich ihnen einfach als Gesprächspartner für all das zur Verfügung, wofür Erwachsene sie sonst für zu jung und unwissend erklären. Statt zu zeichnen wird über die SPIEGEL-Affäre diskutiert, das ist den Schülern wichtiger. Er nimmt sie ernst und deshalb reden sie mit ihm. Eine andere Lehrerin lässt sie alles zusammentragen, was die Schüler aktuell zum Thema erfahren können. Beide Lehrer kommen den Bedürfnissen der Schüler entgegen, aber der Unterricht bleibt unbefriedigend. Es reicht nicht aus, im Unterricht einfach nur „aktuell“ zu sein. Der Lehrer muss mit seinem Unterricht eine Absicht verfolgen: „Was soll in dieser Unterrichtseinheit über das Aktuelle des Tages hinaus gelernt werden? Die Schülerinnen und Schüler sollen später ja ohne den Lehrer die Ereignisse in der Politik verstehen und beurteilen können. Dazu müssen Kenntnisse über die Struktur des politischen Systems erworben werden, die Einsichten in dessen Funktionsweise ermöglichen.“

Engelhardt verfolgt deshalb den Unterricht eines dritten Lehrers über viele Stunden hinweg, baut ihn aus und ergänzt ihn. In dieser Unterrichtserzählung entsteht vor dem inneren Auge des Lesers ein Unterricht, der bis heute für den Politikunterricht in Deutschland als maßgebend gilt. Andere Autoren haben diesen Typ von Unterricht bis hin in die 1980er Jahre immer weiter verfeinert. Die Unterrichtseinheit von Rudolf Engelhardt gehört zum klassischen Fundus. Sie hat Modellcharakter und spielt deshalb bis heute in der Lehrerbildung eine wichtige Rolle.

Diesem Lehrer geht es zunächst nur um den Aspekt des Falles, der in der SPIEGEL-Affäre die schärfsten öffentlichen Reaktionen auslöste: die ungesetzliche Verhaftung des Autors des SPIEGEL-Artikels <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25673830.html> im Ausland. In der ersten Stunde schreiben die Schülerinnen und Schüler an die Tafel, was sie aus den Massenmedien – damals Zeitung und Rundfunk, nur selten schon das Fernsehen – mitbekommen haben. Auf diese Weise wird ein gemeinsamer Horizont des Vorwissens erstellt,

um dessen gemeinsame Überprüfung es dann im Laufe der folgenden Stunden des Unterrichts geht. In der nächsten Stunde bringen die Schülerinnen und Schüler Zeitungsausschnitte mit, die ihr Vorwissen belegen oder korrigieren sollten. Die Schülerinnen und Schüler sollen ihr eigenes Wissen prüfen: „Was weiß ich sicher, was wird bloß vermutet, was ist Meinung, was ist Urteil?“ Von dort her wissen die Schülerinnen und Schüler dann, womit sie ihre Meinung begründen können und womit nicht. Aber auch die Vermutungen müssen ausgetauscht werden. Denn zur Politik gehört es leider, dass die Beteiligten und die Öffentlichkeit bei kritischen Vorgängen weniger wissen, als sie wissen müssten, um angemessen handeln zu können. Obendrein ist jede Sicht von Absichten und Interessen bestimmt, es geht den politisch Handelnden immer erst einmal darum, sich durchzusetzen, dem anderen überlegen zu sein. Das macht Politik polemisch, sie findet oft genug im (hoffentlich nur rhetorischen) Handgemenge statt. Auch das muss im Unterricht nachvollzogen werden, damit es eingeordnet werden kann.

Der politische Streit soll durch eine Bundestagsdebatte geklärt werden. Sie wird in den nächsten Tagen im Rundfunk und im Fernsehen übertragen. Die Schülerinnen und Schüler informieren sich zu Hause selbstständig<sup>3</sup>. Die Schüler erleben, wie im Parlament die Regierung von der Opposition kontrolliert wird. Es ist für den Unterricht nicht von Bedeutung, welche politische Seite in diesem Streit den Sieg davon getragen hat. Eine scharfe Debatte lässt vielmehr „das Exemplarische erkennen: wo es Macht gibt, muss Macht kontrolliert werden.“ Und die Schüler erkennen ein grundlegendes Problem der politischen Ordnung: Soll der Staat so viel wie möglich geheim halten können, um seine Aufgaben effektiv erfüllen zu können, oder haben die Bürger einen Anspruch darauf, grenzenlos informiert zu sein? Welche Antwort man auch immer auf diese Frage gibt, es muss eine Regelung gefunden werden, die das Problem mindestens zeitweilig löst. Die Notwendigkeit einer klärenden und allgemein verbindlichen Regelung wird einsichtig, damit die Funktion von Gesetzen.

---

### Fachdidaktische Perspektive:

#### Inhalt + Fragestellung = (Unterrichts-) Thema

Ein Inhalt (SPIEGEL-Affäre) wird hier durch eine auschnittshafte und problemhafte Fragestellung zum Thema: Staatliche Sicherheit oder private Informationsfreiheit? Dies wird als die Bildung einer didaktischen Perspektive bezeichnet.

---

In der folgenden 7. Unterrichtsstunde begleiten die Schülerinnen und Schüler den Verlauf der SPIEGEL-

---

<sup>3</sup> Das Schulfernsehen war damals in Deutschland gerade in der Entwicklung, so dass eine Übertragung in der Schule noch nicht als medialer Standard vorausgesetzt werden konnte.



Affäre weiter (sog. politikbegleitender Unterricht): Im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit wird der Rücktritt des Bundesverteidigungsministers Strauß verlangt, ihm wurde vorgeworfen, das Parlament belogen zu haben. Die Schülerinnen und Schüler wollen nun verstehen, welche Folgen ein Rücktritt hätte. Sie nehmen also das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, in die Hand, suchen die entsprechenden Artikel und informieren sich auf diese Weise über den Aufbau und die Aufgaben der Bundesregierung.

Die Schüler verlangen nun also selbst nach institutionenkundlichem Wissen. Aus diesen wenigen Grundgesetz-Artikeln kann man im Unterricht durchaus einen kleinen Überblick über das parlamentarische Regierungssystem machen. Es wurde ja im Unterricht schon erfahren, was im Bundestag geschieht und wie Regierung und Opposition in einem parlamentarischen Regierungssystem aufeinander bezogen sind.

Von hier aus können die Schülerinnen und Schüler nun die weitere Entwicklung des Falles mitverfolgen, jedenfalls soweit der Fall sich im Bereich der wichtigen politischen Institutionen abspielt. An dieser Stelle ist dann Gelegenheit dafür, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Meinung zum Fall äußern; der Lehrer kann sich in die Diskussion dann mit seiner Meinung einschalten, vermutlich werden ihn die Schülerinnen und Schüler sogar danach fragen.

### 3. Die Fall-Didaktik

Die SPIEGEL-Affäre war zu ihrer Zeit ein viel diskutierter Vorgang. Hermann Giesecke (\*1932), ein anderer wesentlicher Autor zur Entwicklung des Politikunterrichts, stellte zur gleichen Zeit die unterrichtliche Behandlung der SPIEGEL-Affäre in den Mittelpunkt seiner Dissertation <http://www.hermann-giesecke.de/diss2.htm> und entwickelte an diesem aktuellen Fall seine eigene, für den Politikunterricht in Deutschland einflussreiche Didaktik (Giesecke 1965; Schattschneider/May 2011). Die sog. „Konfliktdidaktik“ war geboren.<sup>4</sup> Zentrale Elemente sind das Aktualitätsprinzip und die Fallarbeit (case study method).

Für den Unterricht muss der „Fall“ [http://en.wikipedia.org/wiki/Case\\_method](http://en.wikipedia.org/wiki/Case_method) und die verschiedenen Aspekte, die an ihm zu lernen sind, in eine zeitliche Ordnung gebracht werden. Giesecke beschreibt den Fall, seine Vermittlung über die Medien, die Anforderungen, die er an die Verstehensmöglichkeiten der Bürger stellt, und deren mögliche Reaktionen. Das kann aber nur ein erster Zugriff auf die didaktischen Möglichkeiten des Falles sein. Soll der Fall exempla-

rische Qualität haben, dann muss vom ihm her auf Grundlegendes des politischen Systems durchgestoßen werden können. Folglich beschrieb Bernhard Sutor (\*1930), ein anderer wesentlicher Autor der Didaktik des Politikunterrichts (Sutor 1971; Schattschneider/May 2011), etwas später den Unterrichtsverlauf in der Fallanalyse so:

„Wir unterscheiden ... für den Unterrichtsverlauf im wesentlichen

1. die Stufe des Einstiegs (lernpsychologisch gesehen Stufe der Motivation, zu der arbeitsunterrichtlich das Planungsgespräch gehört),
2. die Stufe der Untersuchung, auf der Orientierungswissen gewonnen und durch Rückbezug auf die Ausgangsfrage problematisiert wird,
3. die Stufe der Problemlösung (mit Zieldiskussion, Urteilsbildung), Entscheidung,
4. die Stufe der Integration und Generalisierung durch orientierendes Lernen.“ (Sutor 1971, 298ff., Gliederung durch HL)

Welche Gliederung hat die Unterrichtseinheit von Engelhardt?

Ausgehend von den öffentlichen Auseinandersetzungen um die SPIEGEL-Affäre, von der die Schülerinnen und Schüler in jedem Fall (irgendwelche) Kenntnis haben, werden

1. das Vorwissen und die Voreinstellungen der Lernenden zum Fall zum Gegenstand gemacht, dann gibt es
2. eine Phase der Prüfung dieses Vorwissens an Hand von wesentlichen medialen Erfahrungen (Zeitungen und Rundfunk), dabei werden Vorwissen und Voreinstellungen geprüft und gegebenenfalls korrigiert,
3. Einsichten werden während Diskussion über diese Überprüfung und Korrektur gewonnen: Die Welt sieht vielleicht doch anders aus, als die Schüler es sich bisher dachten, eine neue Sichtweise wird durch eine Metareflexion gewonnen. Die neu gewonnenen Einsichten werden
4. durch neue Kenntnisse und Erkenntnisse in die verschiedenen politischen Bereiche, die zur des Falles Klärung notwendig sind, so vertieft, dass Wege zum weiteren Verlauf des Falles oder zu anderen Fällen angebahnt werden.

Engelhardt folgt damit einer älteren deutschen allgemeindidaktischen Tradition – möglicherweise ohne sie bewusst zu kennen, jedenfalls wird sie im Text nicht zitiert. Nach Johann Friedrich Herbart <http://en.wikipedia.org/wiki/Herbart> (1776-1841), dem weltweit rezipierten Begründer der deutschen Unterrichtswissenschaft und Nachfolger Immanuel Kants in Königsberg, ist das reine System des Wissens nicht bildend. Weil der Lernprozess in die beiden Hauptakte „Gewinnung der Anschauungen“ und „Entwicklung des

4 Es gibt parallele Entwicklungen in den USA in dem Ansatz „controversial issues“, erstmals bei Oliver/Shaver 1966. Nach [http://www.learner.org/workshops/civics/workshop7/otherlessons/index\\$1.html](http://www.learner.org/workshops/civics/workshop7/otherlessons/index$1.html). Aktuell in Frankreich der Ansatz bei „socially acute questions“ (Simmoneaux/Legardez 2010 <http://www.jsse.org/2010/2010-4/pdf/Simmoneaux-et-al-JSSE-4-2010.pdf>).



Begrifflichen aus dem anschaulichen Stoffe<sup>5</sup> zerfällt, ist im Unterricht in jeder Lerneinheit eine bestimmte Reihenfolge zu finden. Im 19. Jahrhundert wurde daraus bei seinen Nachfolgern in der Lehrerausbildung, den sogenannten „Herbartianern“ (Meyer 2001, S. 170ff.) ein System formaler Stufen im Unterricht <http://www.xtimeline.com/evt/view.aspx?id=356620>.

Engelhardt gliedert seine Unterrichtseinheit in genau dieser Tradition:

	Herbartianer	Engelhardt
1	Das Vorwissen erheben. Das Neue einführen.	Den neuen Fall und das eigene Vorwissen kennen lernen. Das Vorwissen und die Voreinstellungen zum Fall durch Vergleich und Verknüpfung mit anderen Materialien prüfen.
2	Das Neue vergleichen und verknüpfen.	Den Fall in das politische System einordnen können. Dabei Kenntnisse zum politischen System gewinnen.
3	Begriffe ableiten und Systematik herstellen.	Kenntnisse und Erkenntnisse neu verknüpfen, neue Sichtweisen und so die Einsichten gewinnen.
4	Das Wissen anwenden.	Dieses neu erworbene Wissen bei weiteren Unterrichtseinheiten und bei späteren politischen Ereignissen anwenden können.

#### 4. Kategoriale Bildung und Einsichten

Die Schülerinnen und Schüler sollen im Politikunterricht „Einsichten“ gewinnen, wie Engelhardt es mit Kurt Gerhard Fischer (1928-2001, vgl. Fischer, Hermann, Mahrenholz 1965 mit weiteren Unterrichtsbeispielen; Schattschneider/May 2011), einem weiteren wichtigen Autor der damaligen Diskussionen zum Politikunterricht, sagt. Unterscheidet man mit Fischer (begriffliche Einzel-) Kenntnisse und (begrifflich-systematische) Erkenntnisse, so haben die Lernenden in diesem Unterricht zur SPIEGEL-Affäre grundlegende begriffliche Kenntnisse zur parlamentarischen Demokratie und zu ihrer Fundierung im Grundgesetz, der deutschen Verfassung, gewonnen. Sie ermöglichen Wissen über die Bedeutung vieler einzelner Wörter und Begriffe (Kategorien). Diese Kategorien stellen insgesamt ein kognitives „Netz von Vorstellungen“ zur Verfügung, mit dem die Arbeitsweise des Parlaments, die Aufga-

be des Bundespräsidenten, die Bedeutung der parlamentarischen Fragestunde, die Rolle der Opposition, die verfassungsrechtliche Stellung der Regierung und ihrer Mitglieder von den Schülerinnen und Schülern besser verstanden werden. Sie gewinnen so eine Übersicht über das politische System. Auf diese Weise wurde von Engelhardt und seinen Freunden das allgemeindidaktische Konzept der „kategorialen Bildung“ für den Politikunterricht (Fachdidaktik) realisiert. Es wurde in der wegweisenden Arbeit „Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung“ von dem Allgemeindidaktiker Wolfgang Klafki<sup>6</sup> (\*1927) aus der deutschen Didaktiktradition entwickelt, vgl. [http://books.google.de/books?id=Gp9Xg42YwEsC&pg=PA101&lpg=PA101&dq=klafki+categorial+education&source=bl&ots=9KkXiQw4sx&sig=\\_KhxIFmL97uIxs4eAs58Pas0LKA&hl=de&ei=bK0wTZQlysKzBtS4-YoK&sa=X&oi=book\\_result&ct=result&resnum=1&ved=0CC0Q6AEwAA#v=onepage&q=klafki%20categorial%20education&f=false](http://books.google.de/books?id=Gp9Xg42YwEsC&pg=PA101&lpg=PA101&dq=klafki+categorial+education&source=bl&ots=9KkXiQw4sx&sig=_KhxIFmL97uIxs4eAs58Pas0LKA&hl=de&ei=bK0wTZQlysKzBtS4-YoK&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=1&ved=0CC0Q6AEwAA#v=onepage&q=klafki%20categorial%20education&f=false)

In, mit und unter diesen Kenntnissen und Erkenntnissen hinaus können diese politischen Einsichten angebahnt werden. Erst mit Einsichten als Tiefenverstehen (Sinnorientierung) entsteht, was in der deutschen didaktischen Tradition mit dem Wort „Bildung“ umschrieben wird: „Politische Macht kann mißbraucht werden – Demokratie ohne Parteien funktioniert nicht – Die ständige Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition bewahrt uns vor der Diktatur – Eine große Gefahr für die Freiheit besteht darin, daß sich nicht genug Menschen für das Gemeinwohl einsetzen – Die freiheitliche Demokratie ist darauf angewiesen, daß sich jeder einzelne mitverantwortlich fühlt und daß möglichst viele mitverantwortlich handeln.“ (Engelhardt 1964, 99) Demokratie ist ohne Konflikte nicht denkbar; Konflikte sind der Stoff, an dem Demokratie unterrichtet und gelernt werden kann. Deutsche Politikdidaktik ist deshalb „kategoriale Konfliktdidaktik“.

Einsichten sind für Engelhardt „... Wegweiser zur Orientierung in einer demokratischen, pluralistischen Industriegesellschaft, sie sollen zum Verständnis ihrer Probleme und zur Kunst des recte vivere in einer solch schwer durchschaubaren Gesellschaft beitragen.“ (Engelhardt 1964, 11) Sie sind nicht eine Steigerung der fachlichen Erkenntnisse, sondern eine aus Überlegung und Erfahrung gewonnene Haltung zu den Grundfragen von Politik.

5 Für die deutsche Politikdidaktik hat Wolfgang Hilligen dieses Verhältnis von Fall und Begriff/Systematik als das „Pulschlagtheorem“ formuliert (<http://www.jsse.org/2004/2004-1/interview-hilligen.htm>; Schattschneider/May 2011). Fallarbeit und Lehrgang ergänzen sich. Ebenso deduktives und induktives Vorgehen.

6 Einige Arbeiten von Klafki liegen in englischer Übersetzung vor und sind im Literaturverzeichnis aufgeführt.



## Kenntniserwerb, Erkenntnisfindung, Einsichten

Unter Kenntnissen (Wissen, Information) wird hier das Lehren und Lernen von Wörtern verstanden, die etwas bezeichnen. Begriffsbildung hat hier ihren Ort; sie ist eine eminent wichtige Aufgabe des Politischen Unterrichts, ohne daß jedoch ihre Wichtigkeit dazu verführen sollte, Begriffe zu selbständigen Lerninhalten zu machen. Ein Beispiel sei eingefügt: Ein Schüler sagt: „Die – SPD, CDU, CSU, FDP, NPD, KPD ... – ist eine politische Partei.“

Erkenntnisse sind Urteile a posteriori, d.h., sie folgen aus der – unmittelbaren oder vermittelten – Erfahrung und ihrer Reflexion.

Wiederum sei ein Beispiel eingefügt: „In A wird im B-Werk seit einigen Tagen gestreikt. Die Arbeiter und Angestellten haben die Arbeit niedergelegt, weil sie höhere Löhne respektive Gehälter fordern, der Arbeitgeber jedoch ihre Forderung unter Hinweis auf die gestiegenen Marktpreise für die im B-Werk zu bearbeitenden Rohstoffe und unter Hinweis auf erforderliche Investitionen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und mithin zwecks Erhaltung der Arbeitsplätze ablehnt.“

Wir sehen: ‚weil ... deshalb‘ kennzeichnet angemessene Verknüpfungen einer Vielzahl von Informationen (Lohn, Gehalt, Streik, Arbeiter, Angestellter, Arbeitgeber, Marktpreis, Konkurrenz, Investition usw.). Angemessene Verallgemeinerungen sind also durch die Erfahrung gewonnene Sätze, hinter die der Verstand nicht mehr zurückgehen kann. Sie sind die Endstation der Analyse von gesellschaftlichen Phänomenen und gesellschaftlicher Praxis auf hohem Abstraktionsniveau und mit Geltungsanspruch für mehrere andere Erscheinungen in Gesellschaften, die in wesentlichen Merkmalen mit dem Analysegegenstand übereinstimmen.

Aus der hier vorgetragenen Reflexion von Erkenntnis und ihrer Funktion im Politischen Unterricht folgt: Bildungsinhalte des Politischen Unterrichtes können regelmäßig nur „Fälle“ (casus), mit anderen Worten: Ausschnitte gesellschaftlicher Realität zwecks kritischer Analyse sein. Die Analyse gesellschaftlicher Realität und Praxis kann sich auch nicht aufs Feststellen beschränken; das Festgestellte ist jeweils weiter zu befragen, mit anderen Tatsachen zu vergleichen und mit Maßstäben für politisches Handeln zu verbinden. Feststellungen werden jedoch nicht um ihrer selbst willen getroffen, weder in den Sozialwissenschaften noch von den „Politikmachern“; sie lösen Fragen nach den Gründen und Hintergründen aus, oder sie veranlassen Stellungnahmen und Maßnahmen zum Festgestellten.

Selbstverständlich ist der hier vorgeführte Erkenntnisprozess die Mitte des Politischen Unterrichtes. „Aufklärerischer Politischer Unterricht endet mit und in der Aufklärung eines Falles, eines Ereignisses, soweit unsere Geisteskräfte dazu reichen. Das Ergebnis des Unterrichtes ist mithin die induktiv gewonnene De-

skription des Ereignisses und die Erhellung seiner Hintergründe.“

Unter Einsichten werden hier Aussagen verstanden, die der Urteilsart der apriorischen Sätze entsprechen. Einsichten sind Urteile, die aller Erfahrung vorausgehen. Dieses Vorausgehen gilt natürlich nicht im Sinn der physikalischen Zeit, sondern als logisches Vorausgehen.

*Fischer, Kurt Gerhard 1971: Einführung in die Politische Bildung, Stuttgart: Metzler, 2. Auflage, S. 91-96, gekürzt*

Aber wie sollen diese „Einsichten“ unterrichtlich vermittelt werden? Sie können nicht unmittelbar unterrichtet werden, dann wären sie bloße Sätze, die die Lernenden auswendig lernen und wieder vergessen würden. Sie sollen vielmehr die Haltung der Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Bereich des Lebens bestimmen. Politische Bildung muss politische Erziehung sein, die den Charakter und die Einstellungen formt.

„Wissen ist lehrbar – zu Einsichten aber muß der Schüler durchstoßen, er muß sie gewinnen und kann sie nicht in Form eines politischen Katechismus auswendig lernen. ...Wissen ist abfragbar – ob einer Einsichten hat, zeigt sich erst bei der Beurteilung politischer Vorgänge (Engelhardt 1964, 10f.).

Um Schülerinnen und Schülern Einsichten zu ermöglichen, muss ein Lehrer auf den Erlebnisgehalt seines Unterrichts achten: Wie schafft er es, mit den Schülerinnen und Schülern, eine Perspektive auf den Streit im Bundestag zu gewinnen, als wären sie nicht außerhalb, sondern innerhalb dieses Streites? Engelhardts Entwurf holt die SPIEGEL-Affäre ins Klassenzimmer; sie war nicht (nur) fremder Gegenstand außerhalb der Schule, das Klassenzimmer war vielmehr Teil der an der SPIEGEL-Affäre teilnehmenden Öffentlichkeit.

## 5. Exemplarisches Lernen und Unterrichtsberichte

Die „Fallanalyse“ ist jene Art von Unterricht, die in der deutschen Unterrichtswissenschaft „exemplarisches Lernen“ (Klafki 1985) heißt. Martin Wagenschein (1896-1988) <http://www.natureinstitute.org/txt/mw/index.htm> hat solchen exemplarischen Unterricht für den Physik- und Mathematik-Unterricht in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt und damit für Jahrzehnte die deutsche Diskussion über den Schulunterricht bestimmt. Sein Einfluss auf den Unterricht in deutschen Schulen ist bis heute unübersehbar (vgl. <http://www.jsse.org/2004/2004-1/lehrkunst-english-berg.htm>). Wagenschein hat nicht nur in allgemeindidaktischen Schriften seine Unterrichtsprinzipien dargelegt, sondern seinen Unterricht auch konkret in modellhaften Unterrichtsberichten beschrieben. Im Vorwort einer Schrift von 1953 heißt es: „Den einzelnen Schritten der entworfenen Lehrgänge wird hier in aller Ausführ-



lichkeit und Gründlichkeit nachgegangen. Das ist aber nicht so gemeint, als solle dem Leser und Lehrer empfohlen werden, dieses Vorgehen genau so und nicht anders nachzuahmen. Im Gegenteil: jede ursprünglich suchende und arbeitende (Lern-; HL)Gruppe wird ihren eigenen Weg finden. Was gezeigt werden soll, das ist die Art der Gründlichkeit, und das konnte nur an irgend einem besonderen Weg geschehen. Es sollen also nicht Vorschriften, sondern Anregungen gegeben werden.“ (Wagenschein 1953/1975, 8)

Rudolf Engelhardt hat genauso wie Wagenschein die Prinzipien seines Unterrichts am konkreten Fall entwickelt und erläutert. Diese Tradition des konkreten und gleichwohl theoretisch reflektierten Unterrichtsberichts, der sehr anschaulich ist und zum Nachmachen auffordert, sollte für die Lehrerbildung wieder belebt werden. Sie eignet sich sicher auch für die internationale Kommunikation über fachdidaktische Konzepte und Praxis.

Mit diesem Unterrichtsbericht ist das Paradigma der kategorialen Konfliktdidaktik entwickelt, dass die normative Fachdidaktik Politik (subject matter didactics in the field of civic education) in Deutschland bis heute bestimmt (Gagel 1994). In der Unterrichtspraxis hat die qualitative empirische Unterrichtsforschung allerdings erhebliche Probleme mit der Umsetzung dieses Ansatzes feststellen können, da er erhebliche fachliche Kenntnisse und einen hohen „pädagogischen Takt“ (Herbart) des Lehrenden erfordert, um flexibel auf Schülervorstellungen reagieren zu können.

## 6. Eine mögliche Wiederholung heute

Wie könnte eine Unterrichtseinheit, wie Engelhardt sie beschrieben hat, heute – fast ein halbes Jahrhundert später – aussehen? Darüber könnte in einem Seminar der Lehrerbildung nachgedacht werden. Ich mache hier nur einen Vorschlag.

Die Herausforderungen, vor denen die Demokratie heute steht, sind andere. Rudolf Engelhardt arbeitete und schrieb für die junge, von den westlichen Alliierten „geschenkte“ deutsche Demokratie, damit sie bei den jungen Bürgerinnen und Bürgern verankert werde und nicht wieder scheitert wie die Demokratie der Weimarer Republik. Diese Demokratie hat sich seitdem genauso gewandelt wie das ökonomische und soziale Umfeld, in das sie eingebettet ist.

Heute befinden sich, folgt man Colin Crouch (2008), die westlichen Demokratien in einer Phase, in der der demokratische Prozess immer weiter entkernt wird. Seit den 1970er Jahren ist die Fähigkeit des Staates, in Wirtschaft und Gesellschaft steuernd einzugreifen, zurück gegangen. Die Parteien verlieren in dramatischer Weise ihre Mitglieder und die Teilnahme an politischen Wahlen sinkt. Alle Formen der politischen Beteiligung bleiben erhalten und gleichzeitig sinkt die Erwartung, Politik würde „was ändern“, ganze Grup-

pen der Gesellschaft steigen einfach aus dem politischen System aus.

Die Auseinandersetzungen um konkrete politische Fragen sind durchzogen von politisch-ideologischen Grundsatzfragen: Wofür ist der Staat zuständig? Was soll außerhalb des Staates von alleine sich regeln? In der Demokratie heißt das: Was soll in demokratischen Prozessen geregelt werden, was von jenen Kräften, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen die Macht haben? Grundfragen der politischen Ordnung sind mit dem Streit konkreter politischer Konzepte, Anschauungen und Interessen untrennbar verknüpft.

Aber das ist nichts Neues. Schon die klassische griechische Diskussion über die Demokratie verknüpfte sie mit der gegebenen Gesellschaftsstruktur und jenen Ungleichheiten an Macht, Ansehen und Einfluss, die die Demokratie immer bedrohten (Schmidt 2008, 36, über Aristoteles: Politik IV. Buch) – und auch bereicherten. Deshalb ist das Verhältnis von politischer Gleichheit in der Demokratie und sozialer Ungleichheit im didaktischen Entwurf immer schon mit zu bedenken, wir haben es nur vergessen.

Eine Unterrichtseinheit, die sich an Engelhardts Vorlage orientiert, und grundlegende Fragen der politischen Ordnung im Sinne von Klafki und Fischer einbezieht, könnte dann so aussehen (In dem Moment, in dem ich das hier schreibe):

1. Der aktuelle Fall: Der Streit um die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland<sup>7</sup>. Akteure: Die großen Konzerne, die (neuen) kleinen kommunalen Stadtwerke und andere, alternative Anbieter („Ökostrom“), die jetzige Bundesregierung, die Opposition. Das Vorwissen und die Medien: Zeitungen, Fernsehen, Internet (YouTube) im Überblick.
2. Eine Woche später: Was hat sich getan? Presseerklärungen der Konzerne und der Anbieter alternativer Energien, Verhandlungen im Kanzleramt, Auseinandersetzungen in den Regierungsparteien und in der Regierung, Beschluss der Regierung, Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Medien so zeitnah wie möglich. Blick in Darstellungen zum politischen System und in Gesetzestexte.
3. Verallgemeinerungen, ein begriffliches System erstellen. Die möglichen „Einsichten“, hier je nach Gang der Unterrichtseinheit: „Um Demokratie muss in einer Gesellschaft mit starker sozialer Ungleichheit und unterschiedlich starken Einflussmöglichkeiten immer wieder neu gerungen werden.“<sup>8</sup> – „Die Alternative zu schlecht funktionierender Demokratie heißt nicht, Politik den ande-

7 Für eine erste Information: <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,2022333,00.html>

8 Eine Ergänzung zu Fischers letzter Einsicht in „Der politische Unterricht“ S. 33



ren zu überlassen, sondern besser funktionierende Demokratie.“

Dieser Unterricht könnte ein Begriffsnetz zum gegenwärtigen deutschen politischen System erzeugen, wie Engelhardt es vorgemacht hat. Zugleich kann er ein tieferes Verständnis dieses politischen Systems hervorrufen, indem er den Zusammenhang von Gesellschaft und politischer Ordnung thematisiert.

### 7. Fragen zur Arbeit im Seminar

Dieser Bericht über exemplarischen Politikunterricht wird in Deutschland in Seminaren für angehende Lehrer selbst als Exempel für die didaktische Theorie, für Planung und Durchführung von Politikunterricht verwendet. In solchen Lehrveranstaltungen kann die Ausgangsfrage sein: Wie „(partei-)politisch“ darf Politikunterricht sein? Diese Frage nach der Lehrerrolle wurde nach einer Phase ideologischer Auseinandersetzungen in der Pädagogik der 1968er Bewegung später (1976) in Deutschland mit dem „Beutelsbacher Konsens“ <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html> befriedet. Die dort genannten drei Prinzipien einer professionellen demokratischen Unterrichtsarbeit sind das Überwältigungsverbot<sup>9</sup>, das Kontroversgebot und die Interessenorientierung des Unterrichts. Jeder Unterricht muss sich an diesen drei Kriterien prüfen lassen. Damit ist eine Vorstellung von der Rolle des Politiklehrenden verbunden.

Weitere Fragen, die Zugänge zum Unterrichtsbericht eröffnen, können sein:

- Wie ist die Unterrichtseinheit aufgebaut? (Phasengliederung)
- Wie ist der Unterrichtsbericht „gemacht“ (Stil der Reportage)?
- Sollen sich die Inhalte des Politikunterrichts immer an aktuellen politischen Fällen oder aktuellen Problemen orientiert sein? Oder gibt es auch Gegenstände von grundlegender Bedeutung? (Verhältnis von Fall und Lehrgang, von Exemplarik und Systematik)
- Was kann und sollte im Politikunterricht zum Unterrichtsstoff werden? (Kanon, Kerncurriculum) Sollen die Inhalte politischer Bildung nach dem Aktualitätsprinzip prinzipiell austauschbar sein?
- Gibt es tagespolitische Themen, die nicht behandelt werden sollten, weil die Schülerinnen und Schüler noch nicht reif genug für dieses Themen sind? Oder kann jedes Thema vom Lehrenden so aufbereitet werden, dass es sach- und altersange-

messen in den Horizont der Schüler gebracht werden kann?

- Wie soll das Verhältnis zwischen den besonderen Angelegenheiten des Falles und dem beschaffen sein, was systematisch zu lernen ist? Ist der besondere Fall nur Anlass, um in einen Gegenstandsbereich einzuführen, oder muss er so gewählt werden, dass an ihm der Gegenstandsbereich in seinen Grundzügen erschlossen werden kann? Fall als Einstieg („Aufhänger“) oder als durchgehende case study?
- Wie kann das Problem vermieden werden, dass die Schüler zu viel wissen müssen, um den Fall zu bearbeiten und deshalb vorzeitig aufgeben?
- Darf der Lehrer/die Lehrerin im Unterricht seine/ihre politische Meinung äußern? Darf zu einer politischen Handlung aufgefordert werden? Wie ist das Verhältnis von Urteilsbildung und Handlungsorientierung? Wie ist das Verhältnis von Reflexion und Engagement?

Die angehenden Lehrerinnen und Lehrer erarbeiten sich auf diese Weise ein professionelles Verständnis von ihrer fachlichen Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern im Klassenzimmer.

„Das gelungenste Lehrstück besteht nicht darin, dass man es selbst dann weiter noch besser lehrt, sondern dass man zu einem Neuen angeregt wird.“ (Wolfgang Hilligen <http://www.jsse.org/2004/2004-1/interview-hilligen.htm>)

9 Damit ist angesprochen, was in der angelsächsischen Tradition des Nachdenkens über Erziehung und Bildung (liberal education) traditionell unter dem Begriff „Indoktrination“ diskutiert wird. Vgl. z.B. Snook (1972).



## 8. Literatur

- Crouch, Colin 2008. Postdemokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Engelhardt, Rudolf 1964. Politisch Bilden – aber wie?, Essen: Neue deutsche Schule.
- Engelhardt, Rudolf / Jahn, Klaus 1964. Politische Bildung im neunten Schuljahr, Berlin-Spandau: Hermann Luchterhand.
- Fischer, Kurt Gerhard/Hermann, Karl/Mahrenholz, Hans 1965. Der politische Unterricht, Bad Homburg: Verlag Gehlen (2. Auflage).
- Gagel, Walter 1994. Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989. Opladen: Leske&Budrich.
- Giesecke, Hermann 1965. Didaktik der politischen Bildung. München: Juventa.
- Hilligen, Wolfgang. 2004. Interview <http://www.jsse.org/2004/2004-1/interview-hilligen.htm>
- Klafki, Wolfgang 1959. Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung. Weinheim: Beltz.
- Klafki, Wolfgang 1963. Kategoriale Bildung. Zur bildungstheoretischen Deutung der modernen Didaktik, in: ders: Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim: Beltz.
- Klafki, Wolfgang 1985. Exemplar Approach. In: The International Encyclopedia of Education. Research and Studies. Ed. by T. Husén and T. N. Postlethwaite. Vol. 3. Oxford 1985. S. 1776-1778.
- Klafki, Wolfgang 1988. Pedagogy: Theory of a Practice. In: The Action Research Reader. Ed. by S. Kemmis and R.R. McTaggart. 3. Aufl. Victoria/Australia, S. 245-251.
- Klafki, Wolfgang 1995 (orig.: 1958). Didactic Analysis as the Core of Preparation of Instruction. In: Journal of Curriculum Studies 27 (1995) S. 13-30.
- Meyer, Hilbert 2001. Unterrichtsmethoden I – Theorieband, Berlin: Scriptor (11. Auflage).
- Oliver, Donald W.; Shaver, James P. 1966. Teaching Public Issues in the High School. Boston.
- Schattschneider/May 2011. Politikdidaktische Denkweisen. Klassiker der Politikdidaktik neu gelesen. Schwalbach: Wochenschau.
- Schmidt, Manfred G. 2008. Demokratietheorien – Eine Einführung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (4. Auflage).
- Simonneaux, Jean; Legardez, Alain. 2010. The Epistemological and Didactical Challenges Involved in Teaching Socially Acute Questions. The example of Globalization. In: Journal of Social Science Education, No. 4, 24-35 (<http://www.jsse.org/2010/2010-4/simonneaux-legardez-jsse-4-2010>).
- Snook, Ivan Augustine 1972. Indoctrination and Education. London: Routledge & Paul (Neuaufgabe 2010).
- Sutor, Bernhard 1971. Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Wagenschein, Martin 1953. Natur physikalisch gesehen – Didaktische Beiträge zum Vorrang des Verstehens, Braunschweig: Westermann 1953 (Neuaufgabe 1975).
- Westbury, Ian et.al. (eds.) 2000. Teaching as a Reflective Practice. The German Didaktik Tradition. London: Studies in Curriculum Theory)